



Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Olympia: Die Verhältnisse auf die Füße stellen

Wohlsituiert gekleidete Herren streben zusammen mit wenigen Damen zum Rathaus und bitten den Bürgermeister um ein Gespräch. „Wir sind die Betreiber eines Wanderzirkus“ und würden gern in Ihrer Stadt gastieren.“ Dem Bürgermeister ist das recht und er verweist an die für die nötige Erlaubnis zuständigen Behörden. So einfach sei das nicht, kommt es von den Herren. Man sei kein Wanderzirkus im üblichen Sinne, denn man habe gar keine Zelte, keine Wagen, keine Absperungen – eigentlich nichts. Lediglich für die Artisten werde man sorgen. Denen genüge es, ihre Kunst vorführen zu dürfen. Man selbst bringe nur den Namen: Olympia. Der sei landauf und landab berühmt. Es reiche daher der Stadt zur Ehre, wenn der Zirkus in ihr ein Gastspiel gibt. Daher müsse sie dafür sorgen, dass alles für die Aufführungen bereit steht. Natürlich sei das teuer. Aber wer denke schon an Geld, wenn es um die Ehre der Stadt sowie um die Unterhaltung seiner Bürger und zuströmender Besucher von weit her geht?

Was an Schilda denken lässt, wird von der Realität noch übertroffen. Nicht die Betreiber des Wanderzirkus, also das Internationale Olympische Committee (IOC), bitten um irgendetwas, vielmehr lassen sie sich bitten. Denn das IOC ist in der komfortablen Lage, dass sich mehrere Städte um die Olympischen Spiele und die Paralympics reißen. Die politisch Verantwortlichen an möglichen Austragungsorten buhlen mit viel Aufwand um die Gunst des IOC. Nach dessen Vorgaben sind umfangreiche Planungen und Bewerbungskonzepte zu erstellen. Wenn Mitglieder des IOC die Stadt besuchen, sind sie ähnlich wie Fürsten zu betreuen. Und nicht zuletzt ist dafür zu sorgen, dass die Bürger der Bewerberstädte nicht anfangen zu murren, sondern in einen Begeisterungstauel verfallen. Schon allein die Bewerbung kostet viel Geld. Hamburg, das gerade von den deutschen Sportorganisationen ins Rennen geschickt wurde, hat dafür „nur“ 50 Millionen Euro veranschlagt.

Trotz aller pathetischer Verklärungen ist Olympia in erster Linie ein Geschäft – bei dem jedoch Erträge und

Risiken völlig ungleich verteilt sind. Dem IOC sind hohe Einnahmen, die sich insbesondere aus den Übertragungsrechten speisen, sicher. Die Risiken dagegen werden allein von den Austragungsorten getragen. Ins Geld gehen vor allem die Investitionen in die Sportanlagen und in die sonstige sportnahe Infrastruktur. Hinzu kommen erhebliche Aufwendungen für die Durchführung und die Sicherheit der Veranstaltungen. Etwas von den Einnahmen erhalten zwar auch die Austragungsorte, das reichte aber in den letzten Jahrzehnten bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken. All dem wird noch dadurch ein Sahnehäubchen aufgesetzt, dass das IOC Steuerbefreiung für seine Einnahmen verlangt.

Die Verhältnisse stehen auf dem Kopf, man muss sie auf die Füße stellen. Wer Einnahmen erzielen will, muss auch die Risiken tragen. Das IOC müsste daher auf potentielle Veranstaltungsorte zugehen, um ihnen ein Angebot zu unterbreiten. Sämtliche erforderlichen Investitionen werden vom IOC getragen. Dabei steht es ihm frei, private Investoren mit der Durchführung zu beauftragen. Nach den Spielen können die Anlagen verkauft, vermietet oder auf eigene Kosten betrieben werden. Die Städte können zu Marktpreisen die benötigten Grundstücke zur Verfügung stellen und gegen Kostenbeteiligung die Planungen unterstützen. Sind Investitionen in die Infrastruktur erforderlich, die – wie bei Verkehrsprojekten – nicht nur sportlichen Nutzen hat, können sich die Städte an den Kosten beteiligen.

Keine Stadt braucht Olympische Spiele, aber das IOC braucht Austragungsorte. Nur wenn sich die Städte dessen bewusst werden, gibt es Veränderungen. Wenn das IOC allein die Kosten und das Risiko trägt, könnte sich das Geschäft allerdings als nicht mehr lohnend erweisen. Der Zirkus wandert dann nicht mehr, sondern sucht sich – wie schon in der Antike – einen festen Platz. Und wenn man zurück zu den Wurzeln geht, bietet sich vor allem Athen an. Die Griechen könnten eine solche touristische Attraktion gut gebrauchen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Alexander Eickelpasch
Dr. Anika Rasner
Dr. David Richter
Dr. Dirk Ulbricht
Dr. Lilo Wagne

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.